



Sinn Féin
International Newsletter
Circulated by Sinn Féin International Department
International@sinn-fein.ie
www.sinnfein.ie

Nach Veröffentlichung des de Silva Berichts: Adams unterstützt Forderung der Familie Finucane nach öffentlicher Untersuchung



Nach der Veröffentlichung des Berichts des britischen Anwalts Sir Desmond de Silva am 12. Dezember, erklärte Gerry Adams, dass Sinn Féin den Beschluss der Familie Finucane, weiterhin eine öffentliche Untersuchung des Mordes am Menschenrechtsanwalt Pat Finucane zu fordern, unterstützt.

Der Vorsitzende von Sinn Féin forderte die irische Regierung dazu auf, ihren Worten Taten folgen zu lassen und eine diplomatische Offensive in den USA, Europa und bei der UN zu starten mit dem Ziel, die Behinderung durch Großbritannien hervorzuheben und gleichzeitig internationale Unterstützung für eine öffentliche Untersuchung zu gewinnen.

Herr Adams erklärte: „Ich möchte die Familie von Pat Finucane zu ihrem Mut und ihrer Entschlossenheit, eine öffentliche Untersuchung zu fordern, beglückwünschen.

Ich möchte auch an alle diejenigen erinnern, die in diesem Konflikt getötet oder verletzt wurden, unabhängig davon, wer dafür verantwortlich war.

Der de Silva Report über den Tod von Pat Finucane im Februar 1989 kommt zu dem Schluss, dass es zwar keine weitreichende staatliche Verschwörung gab, aber durchaus Mitwisserschaft von Regierungsstellen, da diese Tat sonst nicht möglich gewesen wäre. Dieser Bericht ist für Pats Familie, die ihn als „Schwindel“ und „Schönfärberei“ bezeichnet, nicht hinnehmbar. Dieser Bericht ist auch für Sinn Féin nicht hinnehmbar. Während dieser Zeit wurden drei Abgeordnete, 11 Parteimitglieder und sieben Familienmitglieder ermordet.

Heute stellt sich David Cameron hin und benutzt den Bericht als Vorwand, der Familie eine öffentliche Untersuchung zu verwehren – eine Zusage, die noch 2001 von der britischen Regierung im Zuge des Weston Park Abkommens gegeben wurde.

Aber die Informationen die durch den de Silva Report ans Tageslicht kamen, sind bedrückende Beschuldigungen in Sachen staatlicher Mitwisserschaft bei der Ermordung ihrer Bürger. Vor allem zeigen sie dessen Ausmaß. Sie schmälern nicht die Notwendigkeit einer öffentlichen Untersuchung, im Gegenteil, sie machen solch eine Untersuchung nur noch notwendiger.

Die staatliche Mitwisserschaft war geläufige Praxis aufeinanderfolgender britischer Regierungen. Sie beinhaltete die Aufstellung von unionistischen Paramilitärs, die systematische Infiltrierung aller unionistischen Todesschwadronen bis in deren höchste Kreise durch die Briten, die Kontrolle und Weisungen an diese Gruppen, ihre Bewaffnung, ihr Training und die Bereitstellung von Informationen über zu tötende Personen. In Pats Fall arbeiteten alle Personen die an der Ermordung beteiligt waren, für die britische Regierung. Angefangen von der Person, die die Ermordung angeordnet hat, über diejenigen, die sie ausgeführt haben, bis zu jenen, die die Informationen dafür geliefert haben.

Im Weston Park Abkommen 2001 waren sich die britische und die irische Regierung darüber einig, Richter Peter Cory damit zu beauftragen die Notwendigkeit einer Untersuchung festzustellen.“

Zum Abschluss sagte Herr Adams:

„Die britische Regierung hat es abgelehnt, das Weston Park Abkommen umzusetzen. Das war ein Verstoß gegen eine Vereinbarung zwischen der britischen und der irischen Regierung. Die irische Regierung hätte das verhindern oder klarer dazu Stellung beziehen müssen. Die Rolle aller irischen Regierungen war weder hilfreich, strategisch klug noch so konsequent, wie sie hätte sein können.

Die Familie Finucane will die Wahrheit erfahren. Sie wollen eine öffentliche Untersuchung. Die irische Regierung sollte die britische Regierung für ihren Bruch der Weston Park Vereinbarung zurechtweisen und die Forderung der Familie nach einer öffentlichen Untersuchung unterstützen.

Aber es sollte weitaus mehr zur Folge haben, als nur die Forderung der Familie zu unterstützen. Es sollte eine diplomatische Offensive in den USA, in Europa und bei der UN gestartet werden, die die britische Blockade verdeutlicht und gleichzeitig internationale Unterstützung für eine öffentliche Untersuchung anstrebt.“

Gemeinsame politische Führung ist notwendig, um die Flaggenkrise zu lösen

Sinn Féin Präsident Gerry Adams schrieb folgenden Artikel über die loyalistische Gewalt, die nach der Entscheidung des Stadtparlaments von Belfast ausbrach, die britische Fahne nur noch an bestimmten Tagen wehen zu lassen. Der Artikel erschien in seinem Blog „leargas.blogspot.com“ und in der britischen Zeitung „Guardian“.

Belfast im Jahre 2013 ist nicht mehr die Stadt, in der ich aufgewachsen bin. In meiner Jugend und während einer langen Zeit des Erwachsenseins war Belfast ein Ort, an dem die irische Bevölkerung keine Rechte hatten, ein Ort an dem Sektierertum, Diskriminierung, Ungerechtigkeiten und Ungleichheit an der Tagesordnung waren und gängige institutionelle und politische Praxis.

Zehntausenden irischen Nationalisten wurde das Recht verwehrt, bei Kommunalwahlen und den Wahlen zum Nordirischen Parlament teilzunehmen. Sie bekamen keine Jobs und keine Wohnungen. Alles irische war entweder verboten oder verpönt. Die irische Sprache, Musik und Kultur wurde ins Abseits geschoben und die politischen Repräsentanten der nordirischen Nationalisten hatten keinen Einfluss und keine Macht.

Anderswo sicherte die Manipulation von Wahlkreisgrenzen, dass sogar kommunale Gebietskörperschaften mit einer klaren irisch-nationalen Mehrheit wie z.B. Derry, in unionistischem (pro-britischem) Sinne durch unionistisch kontrollierte Kreistage geführt wurden. Mit am schlimmsten war dies in Belfast.

Der Nordirische Staat war ein Oranier Staat. Der „Orange Order“ war das Fundament auf dem die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Strukturen aufgebaut waren. Die meisten Geschäftsleute waren Mitglieder des Ordens. Wenn man als Unionist einen höheren Rang bei der Polizei bekleiden wollte, musste man Oranier sein, wollte man Richter werden, musste man Oranier sein. Ein erfolgreicher Politiker? Musste Oranier sein.

Der Oranier Staat ist Vergangenheit, aber sein Vermächtnis ist noch existent.

Das Vermächtnis dieser Jahrzehnte sucht den Norden heute noch heim. Das Sektierertum bleibt noch immer eine Plage. Die Narben der Diskriminierungen sind immer noch sichtbar: in der unverhältnismäßigen Anzahl von Wohnungssuchenden in nationalistischen Vierteln, in den Arbeitsmarktzahlen der sechs Grafschaften, in denen die irischen Gebiete eine der höchsten Arbeitslosenzahlen aufweisen. 36 der 40 am sozial benachteiligten Bezirke im Norden sind irisch.

Der Unionismus betrachtete den Nordirischen Staat als seinen Staat. Es spielte keine Rolle, dass auch Unionisten in heruntergekommenen Stadtvierteln lebten oder unter schrecklichen Zuständen arbeiten mussten. Der Nordirische Staat – der Oranier Staat - gehörte ihnen. Das gab ihnen ein Gefühl von Zugehörigkeit, Zusammenhalt und Überlegenheit. Der Friedensprozess und das Karfreitagsabkommen haben all das geändert. Dieser Prozess war eine positive Entwicklung für alle auf dieser Insel. Der Prozess ist unumkehrbar. Der zugrundeliegende Ethos des Karfreitagsabkommens ist gegenseitige Achtung, gegenseitiger Respekt und Gleichberechtigung. Das Abkommen beinhaltet Veränderung. Jede Veränderung ist eine große Herausforderung. Es gibt Leute, die Veränderungen fürchten. Für sie ist die Gleichheit aller Bürger eine Bedrohung, aber Gleichberechtigung heißt weder, dass die eine Seite die andere dominiert, noch dass die sogenannte unionistische Kultur dadurch angegriffen wird. Es geht darum, dass pro-britische Unionisten und irische Nationalisten sich zum ersten Mal seit der Teilung Irlands mit gegenseitigem Respekt und auf Basis von Gleichberechtigung behandeln. Es bedeutet, dass Nationalisten, Unionisten und alle anderen in einer Gesellschaft leben, in der Entscheidungen auf demokratische und friedliche Weise getroffen werden. Es geht um Toleranz und Integration – nicht um Hass und Verbitterung. Symbole wie Fahnen können eine Gesellschaft entzweien, aber nur dann, wenn die Diskussion darum in sehr engen Grenzen geführt wird.

Belfast ist keine unionistische Stadt mehr, sondern eine Stadt für alle. Sie will eine moderne Stadt sein. Die große Mehrheit der Bürger will nicht mehr das alte Belfast, sie wollen das neue Belfast. Die Entscheidung des Belfasters Stadtrats ist ein Teil davon. Es war ein demokratisch gefundener Kompromiss. Sinn Féin wollte eigentlich keinerlei Fahnen oder beide Fahnen, den Union Jack und die irische Trikolore, gleichberechtigt nebeneinander. Die Stadträte von Sinn Féin unterstützen den gefundenen Kompromiss, den Union Jack nur an bestimmten Tagen zu hissen. Dieser Kompromiss basiert auf einer Gesetzgebung zum Thema Flaggen der britischen Regierung und wurde zum damaligen Zeitpunkt auch von den unionistischen Führern empfohlen.

In diesem April wird das Karfreitagsabkommen 15 Jahre alt. Auch dieses Abkommen war ein Kompromiss zwischen im Konflikt stehenden politischen Positionen. Sein Erfolg liegt in den Menschenleben, die gerettet werden konnten, im Frieden, der erreicht wurde, im Funktionieren der Machtteilung und in der Anzahl der jungen Menschen, die noch nicht die Erfahrung machen mussten, in einem Konflikt zu leben.

Nun, wohin führt uns unser Weg? Es ist ersichtlich, dass es innerhalb der unionistischen Community Bestrebungen gibt, die Zeit zurückzudrehen. Personen die der Meinung sind, dass gegenseitiger Respekt bedeute, dass irische Nationalisten die Dominanz der pro-britischen unionistischen Gesinnung akzeptieren müssen.

Das ist nicht die Bedeutung von gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung.

Die „Oranier-Karte“ zu spielen ist gefährlich. Es widerspiegelt auch nicht die heutige politische und demographische Wirklichkeit. Vor 90 Jahren wurde der Norden geradezu aus dem Rest der Insel herausgeschnitten, um den Unionisten eine immerwährende Zwei-Drittel-Mehrheit zu verschaffen.

In der neuesten Umfrage, die kurz vor Weihnachten veröffentlicht wurde, bezeichnen sich weniger als die Hälfte der Bevölkerung als Britisch. 40 % bezeichnen sich selbst als britisch. Ein Viertel der Bevölkerung sieht sich als irisch und 21% als nordirisch. Damit weisen 46% der Bevölkerung eine britische Identität zurück und sehen sich selber als irisch.

Somit ist der Norden nicht genauso britisch wie Finchley, wie es Margaret Thatcher einmal behauptet hatte. Die Unionisten müssen somit auch akzeptieren, dass fast die Hälfte aller Einwohner eine andere Identität haben.

Könnte dieser allmähliche demographische Wandel und der Meinungsumschwung mit ein Grund für einige sein, das sektiererische Feuer wieder zu schüren? Könnte der Rückgang der unionistischen Wählerstimmen darin begründet liegen, wie einige Unionisten auf die Veränderungen reagieren?

Die „Oranier Karte“ zu spielen ist eine alte unionistische und britische Taktik, um die Unionisten zu mobilisieren und die Nationalisten in ihre Schranken zu weisen. Diese Taktik ist gefährlich, sie hat in der Vergangenheit zu Pogromen, Teilung und Jahrzehnten voller Gewalt geführt. Die meisten der stattfindenden Protestveranstaltungen rund um das Fahnen-thema sind illegal. Organisiert werden die meisten von ihnen durch die (rechtseradikale britische) „British National Party“, die „Ulster Volunteer Force“ (loyalistische Paramilitärs) und Kriminelle, unter denen sich auch bekannte Drogendealer befinden. Sie alle versuchen, die Situation für sich auszunutzen. Die Gesellschaft erwartet, dass die Verantwortlichen dieser Proteste zur Rechenschaft gezogen werden und die Proteste in angemessener Weise von der Polizei überwacht werden.

Während sich Politiker dieser Insel über die Vorkommnisse der vergangenen Wochen Gedanken machen, ist es wichtig, das Karfreitagsabkommen nicht als selbstverständlich wahrzunehmen. Es bedarf weiterer Aufmerksamkeit und Arbeit. Wichtige Teile des Abkommens, wie zum Beispiel eine Grundrechts-Charta und bestimmte Rechtsfragen, sind noch immer nicht umgesetzt. Diese Themen müssen angegangen werden.

Eine gemeinsame, parteiübergreifende politische Führung ist nötig.

Nach dem Angriff auf die Massereene-Kaserne im Jahr 2009, bei dem zwei britische Soldaten getötet wurden, organisierten Martin McGuinness und Peter Robinson einen Runden Tisch aller politischen, kirchlichen und zivilen Verantwortlichen, um einen gemeinsamen Ausweg aus der Situation zu finden und um vor allem sicherzustellen, dass die kleine Minderheit, die den Friedensprozess unterminieren will, keine Chance auf Erfolg hat.

Dieser Ansatz ist auch heute wieder nötig. Das sogenannte Unionistische Forum, das von der DUP und der UUP ins Leben gerufen wurde, ist wichtig, hat aber nur begrenzten Einfluss. Stabilität und Integration und Fortschritt sind keine Geschenke einer bestimmten Bevölkerungsgruppe. Jeder muss mit einbezogen werden. Wir brauchen eine Allparteien- und konfessionsübergreifende Antwort auf die Flaggenproteste und auf die Gewalt, die diese Proteste begleitet. Das gilt auch für alle anderen noch ausstehenden Themen. Das wird eine große Herausforderung sein und wir Republikaner unterschätzen die Probleme nicht, insbesondere die Schwierigkeiten, denen die Unionisten ausgesetzt sind.

Aber es gibt keinen Weg zurück. Die kleinen Minderheiten die sich an der Vergangenheit festhalten müssen zurückgewiesen werden. Das Sektierertum muss attackiert und beendet werden.

Das Versprechen des Karfreitagsabkommens für eine neue Gesellschaft, in der alle Bürger respektiert werden, in der Fairness und Gerechtigkeit und Gleichberechtigung herrschen, muss weiter voran getrieben werden.

Kelly begrüßt Friedensabkommen auf den Philippinen

Der Sinn Féin Abgeordnete des nordirischen Regionalparlaments Gerry Kelly begrüßte den Abschluss eines Friedensabkommens zwischen der Philippinischen Regierung und der Islamischen Befreiungsfront der Moros am 8. Oktober 2012. Der Abgeordnete aus Nordbelfast besuchte in den vergangenen Jahren fünfmal die Philippinen, um die Friedensverhandlungen zu unterstützen. Seine letzte Reise liegt nur wenige Wochen zurück.

Herr Kelly sagte: "Während meines Besuchs hatte ich Gespräche mit beiden Parteien, den Unterhändlern der Philippinischen Regierung und der Islamischen Befreiungsfront der Moros. Die letzten Gespräche liegen nicht lange zurück und erfolgten in einer wichtigen Phase der Verhandlungen.

Ich möchte allen gratulieren, die am Zustandekommen des Rahmen-Friedensabkommens beteiligt waren. Die Hoffnungen sind groß, dass dieses Abkommen den Friedensprozess und den politischen Prozess stärkt.

Der Konflikt auf den Philippinen hat seit seines Aufflammens in den 1970er Jahren schätzungsweise 100.000 Menschen das Leben gekostet und etwa 2 Millionen Menschen vertrieben. Meine Rolle war es, in jeder möglichen Form durch Berichte vom Friedensprozess und dem politischen Prozess in Irland zu helfen. In den Zusammenkünften mit der Philippinischen Regierung und mit der Islamischen Befreiungsfront der Moros in ihren Camps in Mindanao zeigten beide großes Interesse an unseren Erfahrungen aus den Friedensverhandlungen in Irland.

Die Philippinen haben ihre eigenen Verhältnisse und ihren eigenen politischen Kontext. Es ist noch substantielle Arbeit nötig, um die Thematik der Konfliktlösung und der nationalen Versöhnung zu adressieren, aber eine neue und begrüßenswerte Phase dieser historischen Beziehung hat nun begonnen.

Crowe trifft Kubaner in Dublin

Der Abgeordnete des irischen Parlaments (Dáil) für Dublin Südwest, Seán Crowe, ist der Nachfolger von Pádraig MacLochlainn als Sprecher der Sinn Féin Fraktion im Dáil für Außenpolitik, Handel und die Diaspora. Im September traf Herr Crowe (Foto) die Kampagne für die Freilassung der "Fünf aus Kuba", die sich seit mehr als 14 Jahren in den USA im Gefängnis befinden. Nach dem Treffen mit Magali Llord, der Mutter von Fernando Gonzalez, und Dr Haymel

Espinosa, bekräftigte Herr Crowe die Unterstützung Sinn Féins für die Kampagne für die Freilassung der "Fünf aus Kuba". Am 27. September traf Herr Crowe Dr Aleida Guevara, die Tochter von Ché Guevara, in Leinster House, dem Sitz des irischen Parlaments. Dr. Guevara besuchte Irland, um am Ché do Bheatha Festival in Kilkee teilzunehmen und zur Vorstellung ihres Buches „Remembering Ché: My Time with Ché Guevara in Liberty Hall“.

Wahlbeobachter in Venezuela



Conor Murphy, Sinn Féin Abgeordneter im britischen Unterhaus, war internationaler Beobachter der Wahlen in Venezuela am 8. Oktober 2012, bei denen der linke Präsident Hugo Chavez mit 54% der Stimmen wiedergewählt wurde. Von links: Wahlbeobachter waren der Journalist Hugh O'Shaughnessy, Conor Murphy, der Schriftsteller Owen Jones, sowie die Abgeordneten der britischen Labour-Partei Grahame Morris und Diane Abbott.

EH Bildu gewinnt 25% der Stimmen bei den Wahlen im Baskenland

In seiner Erklärung zu den letzten Wahlen im Baskenland sagte Gerry Kelly, Sinn Féin MLA (Abgeordneter des nordirischen Regionalparlaments), dass diese Wahlen und das Ergebnis von Euskal Herria Bildu (EH Bildu) Ausdruck für die Unterstützung des baskischen Friedensprozesses seien.

EH Bildu repräsentiert somit eine weitere Option, auf die gebaut werden kann. Bei seiner Rede am 24. Oktober sagte Herr Kelly: „Diese Abstimmung ist ein klares Zeichen für den Wunsch der Bürger nach einem baskischen Friedensprozess. EH Bildu konnte bei ihrem ersten Antritt zur Wahl des baskischen Regionalparlaments einen durchschlagenden Erfolg erzielen und sicherte sich mit 25% der Stimmen 21 Sitze.

Zusammen mit den Stimmen der Baskisch-Nationalistischen Partei erreichten die baskischen Parteien, die für eine Unabhängigkeit des Baskenlandes von Spanien eintreten, zwei Drittel der Stimmen. Ohne Zweifel haben die Wähler das Recht, baskische Parteien zu wählen, die für die derzeitigen Friedensinitiativen sind und dies sollte auch respektiert werden.

Diese Wahl mit ihrer großen Bedeutung und die Erklärung von Aiete (Internationale Konferenz zur Lösung des Konflikts im Baskenland und fünf Punkte Erklärung), welche einen klaren Weg zum Frieden aufzeigt, schaffen neue Möglichkeiten, um diesen Prozess weiterzuführen. Die baskischen Wähler haben diesem Weg eindeutig zugestimmt. Die spanische Regierung sollte möglichst schnell nachziehen und aussagekräftige Gespräche mit allen ins Leben rufen, um die noch ungelösten Probleme anzugehen.

Politische Strafprozesse müssen eingestellt werden. Der Initiator von EH Bildu, Arnaldo Otegi, muss wieder auf freien Fuß gesetzt werden und das Problem der politischen Gefangenen muss angegangen werden. Vor allem braucht es eine Lösung für die Notsituation, in der sich die kranken Gefangenen befinden. Der politische Prozess muss Vorrang vor repressiven Sicherheitsreaktionen haben.“

Anderson unterstützt EU-Sanktionen gegen Israel

MARTINA Anderson, die Europaabgeordnete von Sinn Féin, unterstützte im Europäischen Parlament verschiedene Änderungsanträge zum EU Israelprotokoll, in denen Sanktionen gegen Israel gefordert werden, solange Israel internationales Recht und Menschenrechtsstandards nicht befolgt. Auch Frau Anderson brachte am 17. Oktober 2012 zwei Änderungsanträge zu dem in der darauffolgenden Woche zur Abstimmung stehenden Protokoll ein. Das Protokoll sollte angepasst werden, um technische Barrieren des Handels mit Israel zu eliminieren.

Frau Anderson erklärte: „Das Protokoll war seit 2008 eingefroren und es gab eine Debatte, es für zwei weitere Jahre zu suspendieren. Es ist möglich, dass der Europäische Rat den Vorschlag einbringt, Ware aus den Siedlungen nicht aufzunehmen. Trotzdem würde dies nicht die Verbesserung des Verhältnisses mit Israel verhindern, was einer schweigenden Legitimierung dieser Siedlungen gleichkommt und was wir nicht unterstützen. Ich habe zwei Änderungsanträge eingebracht, die sicherstellen würden, dass für Änderungen der Handelsbeziehungen zwischen Israel und der EU die Ausdrücke „gesetzeskonform auf den Markt gebracht“ und „gesetzeskonform gehandelt“, die in Artikel 5 des Protokolls verwendet werden, sich nicht nur auf Voraussetzungen technischer Natur beziehen, sondern auch auf die Voraussetzung, die Legalität der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten nicht anzuerkennen. Denn diese stehen unter Verletzung internationalen Rechts seit 1967 unter israelischer Verwaltung.“

Frau Anderson brachte im Europäischen Parlament außerdem am 17. September 2012 einen Änderungsantrag ein, der ein Verbot der finanziellen Unterstützung für Firmen fordert, die Forschung für das israelische Militär betreiben, solange Israel internationale Menschenrechtsstandards nicht befolgt.

Frau Anderson erklärte: „Ich habe einen Änderungsantrag eingebracht, der ein Verbot der finanziellen Unterstützung für Firmen fordert, die mit dem israelischen Militär zusammenarbeiten, solange Israel internationale Menschenrechtsstandards nicht befolgt. Ich habe außerdem das „National Committee of the Boycott, Divestment and Sanctions against Israel (BDS)“ getroffen, um zu besprechen, wie ihre Kampagne auf andere Länder Europas ausgedehnt werden kann. Wie gegen das Apartheidregime in Südafrika kann eine gut organisierte Kampagne den politischen Druck auf die israelische Wirtschaft erzeugen, politische Änderungen in der Region einzuleiten. Ich bitte alle, sich die Webseite der BDS-Kampagne anzusehen und israelische Waren zu boykottieren, bis Israel im Umgang mit dem Recht der palästinensischen Bevölkerung auf eine friedliche Existenz die Standards anlegt, die in der UN-Menschenrechtskonvention verankert sind.“

Sinn Féin MLAs besuchen Gaza

Die beiden Abgeordneten des nordirischen Regionalparlaments, die Sinn Féin MLAs Caitríona Ruane und Pat Sheehan besuchten Anfang Dezember Gaza als Teil einer europäischen parlamentarischen Delegation. Dem Besuch vorausgegangen waren acht Tage intensiver Bombardierung durch Seestreikräfte und Luftwaffe des israelischen Militärs.

Herr Sheehan, Sinn Féin Sprecher für den Nahen Osten, erklärte: „Die Folgen des schweren israelischen Bombardements für Gaza sind dramatisch. Sie verschlimmern die Zerstörung der Infrastruktur, von Straßen, Schulen, Krankenhäusern, Gesundheitszentren und Regierungsgebäuden, die bereits durch den israelischen Angriff von vor vier Jahren zerstört oder beschädigt wurden.“

Die andauernde illegale Blockade durch Israel macht es extrem schwierig, Material nach Gaza zu bringen, das für den Wiederaufbau dieser lebensnotwendiger Infrastruktur benötigt wird. Das führt zu einer humanitären Katastrophe in Gaza.

Die Delegation traf lokale Politiker, darunter Premierminister Ismail Haniyeh (oben im Bild), NGOs und UNRWA.

Ein Bericht der Reise von Caitríona Ruane erschien in an Phoblacht, www.anphoblacht.com/contents/22558

Bei einem Protestzug durch Bilbao demonstrierten 115.000 Menschen für eine Verlegung der baskischen Gefangenen zurück ins Baskenland

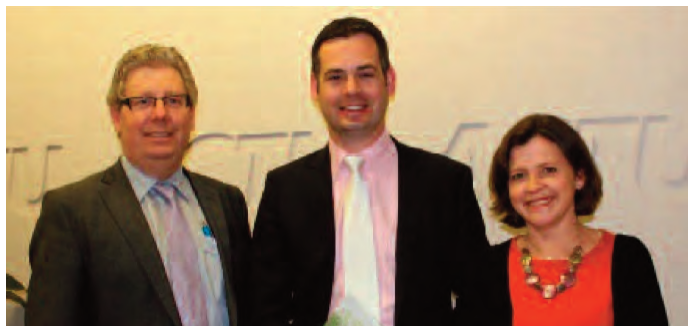


Am 12. Januar füllten 115.000 Menschen die Straßen von Bilbao und demonstrierten für „Menschenrechte, Lösungen, Frieden und Rückführung baskischer Gefangenen ins Baskenland“. Die Demonstranten forderten ein Ende der Politik der „Verteilung“ der 700 baskischen politischen Gefangenen auf verschiedene spanische und französische Gefängnisse, die im Durchschnitt 800 km von den Wohnsitzen der Gefangenen entfernt liegen. Sie forderten eine Rückführung der Gefangenen ins Baskenland und eine Beteiligung der Regierungen am Friedensprozess.

Ein Artikel von Gerry Adams zum baskischen Friedensprozess kann hier nachgelesen werden:

www.anphoblacht.com/contents/22464#.UKt6fCzx1yU.twitter

‘Generation Emigration’: Pearse Doherty besucht Australien



Der Sinn Féin TD (Abgeordneter des Parlaments in Dublin) Pearse Doherty besuchte im September Australien, um den Kontakt zu jungen Iren zu suchen, die erst kürzlich ausgewandert sind. Er traf sich mit politischen Vertretern, Gewerkschaftern und irischen Gruppen in Perth, Sydney, Melbourne und Canberra. Herr Doherty (Mitte) mit dem Generalsekretär des Australischen Gewerkschaftsverbands (ACTU) Dave Oliver und der ACTU-Präsidentin Ged Kearney in Melbourne.

Gesetzgebung zum „Fall X“ nötig, um das Leben von Frauen zu schützen



Die irische Regierung versprach im Dezember, das Abtreibungsgesetz zu ändern, nachdem Ende November ein Expertenbericht zu den Urteilen etlicher Klagen gegen den irischen Staat veröffentlicht wurde. Sinn Féin hält es für einen Skandal, dass sieben Regierungen über zwanzig Jahre lang ihren Pflichten gegenüber Frauen in dieser Frage nicht nachkamen.

Der Bericht wurde nur wenige Wochen nach der Demonstration in Dublin veröffentlicht. 10.000 Menschen protestierten für Abtreibung in den Fällen, in denen das Leben der betreffenden Frauen in Gefahr sei. Auslöser der Demonstration war der Tod der 31-jährigen Savita Halappanavar, die nach der Verweigerung einer Abtreibung durch Ärzte eines Galwayer Krankenhauses starb.

Die Fälle „A, B & C gegen Irland“ waren Klagen gegen Irlands restriktives Abtreibungsgesetz und wurden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2010 verhandelt. Obwohl der Oberste Gerichtshof in Irland bereits 1992 im sogenannten „Fall X“ geurteilt hatte, dass Abtreibung im Falle der Gefährdung des Lebens der Frau (einschliesslich der Gefahr von Selbstmord) legal sei, haben die Regierungen in den letzten 20 Jahren keine Gesetzgebung auf den Weg gebracht, um die rechtliche Situation der Frauen und der Ärzte zu regeln.

Auf der Sitzung des irischen Parlaments, des Dáil, am sechsten Dezember gab es noch keine Reaktion der Regierung. Der Sinn Féin Sprecher für Gesundheit und Kinder, Caoimhghín Ó Caoláin, nahm Stellung:

“Die öffentliche Wahrnehmung des schwierigen Themas der Abtreibung in der irische Gesellschaft erfolgte immer wieder durch Tragödien. Vom Fall X im Jahr 1992 bis zu Savita Halappanavar im Jahr 2012 haben Frauen in verschiedenen äußerst schwierigen Situationen rechtliche Schritte eingeleitet, alle sind in dem vorliegenden Bericht zitiert. Diese Fälle sind die Spitze eines Eisberg, die sichtbare Manifestation der Erfahrungen unzähliger Frauen der letzten 20 Jahre und darüber hinaus.

Wir brauchen eine rechtliche Grundlage. Dieser Aufgabe müssen wir uns als Oireachtas (irisches Parlament, beherbert Parlament und Senat) stellen. Alle Abgeordneten haben die Pflicht, sich des Themas anzunehmen und eine entsprechende Gesetzgebung auf den Weg zu bringen.

Die stellvertretende Sinn Féin Vorsitzende Mary Lou McDonald hatte davor für die parteiübergreifende Unterstützung eines am 21. November 2012 eingebrachten Initiativantrags geworben, in dem dringend eine gesetzliche Grundlage zum Fall X gefordert wird. Frau McDonald sagte: “Das erbärmliche Versagen der Regierung und des Dáil, das Urteil des Obersten Gerichtshofs von vor zwanzig Jahren umzusetzen, ein rechtliches Vakuum bestehen zu lassen, so rücksichtslos mit dem Leben von Frauen umzugehen – das kann und darf nicht toleriert werden.“

Der Initiativantrag wurde mit den Stimmen der Abgeordneten der Regierungskoalition abgelehnt.

Historische Entscheidung der UN zu Palästina begrüßt



SINN Féin's Sprecher für Außenpolitik, Handel und Diaspora im Dáil, TD Seán Crowe, begrüßte die Entscheidung der UN-Vollversammlung vom 29. November 2012, dem palästinensischen Staat den Status eines Beobachterstaates zuzuerkennen. Die Entscheidung wurde am Internationalen Tag der Solidarität mit dem Palästinensischen Volk getroffen.

Herr Crowe erklärte: “Ich gratuliere der palästinensischen Regierung zur Verbesserung ihres Status in den Vereinten Nationen. Die Entscheidung wurde von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit getroffen. Dieses Ergebnis zeigt, dass echte Unterstützung und guter Wille für das palästinensische Volk und ihr legitimes Recht auf Selbstbestimmung und auf Freiheit von Unterdrückung vorhanden sind.

Auch wenn die Entwicklung den Palästinensern nicht die Vollmitgliedschaft in der UN gibt, so verleiht sie doch den Palästinensern das Recht auf das Gebiet in den Grenzen von vor 1967, das Gaza, die West Bank und Ost-Jerusalem einschliesst, ein Gebiet, das Israel im arabisch-israelischen Krieg von 1967 besetzte.

Zwar ändert die Entscheidung nicht unmittelbar die Situation vor Ort in Palästina, sie ist jedoch trotzdem signifikant. Denn mit dem jetzigen Status kann Palästina einer Vielzahl von internationalen und UN-Organisationen beitreten.

Die palästinensische Regierung brachte den Antrag auf Anerkennung ihres Staates als einen der letzten Versuche ein, die schwierigen Bemühungen um Frieden durch eine zwei Staaten Lösung zu retten. Friedensgespräche in der Region liegen wegen Israels andauernder Erweiterung der illegalen Siedlungen in der West Bank und wegen ihrer Blockade und der Bombardierung von Gaza auf Eis. Das Fehlen jeglichen Drucks auf Israel durch die internationale Gemeinschaft hat diese historische Pattsituation verlängert.

Ich begrüße die Haltung der irischen Regierung, den Antrag der Palästinenser zu unterstützen, und der anderen Regierungen, die sich für die Unterstützung dieses vernünftigen Vorschlags entschieden haben. Das Ergebnis zeigt den starken internationalen Konsensus für eine Zwei-Staaten-Lösung, in der ein souveränes und unabhängiges Palestina und Israel Seite an Seite leben, als den gangbarsten Weg zum Frieden.

An diesem historischen Tag appelliere ich an die israelische Regierung, das Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung anzuerkennen und die illegale Blockade von Gaza sofort zu beenden. Israel muss außerdem die Bildung illegaler Siedlungen auf der West Bank beenden und inklusive und produktive Gespräche mit den gewählten Repräsentanten des palästinensischen Volkes beginnen.